

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Manuel Litzke, BSc

und weiterer Abgeordneter

betreffend **Ausbau psychologischer Betreuungs- und Beratungsstellen für Studenten an unterversorgten Hochschulstandorten**

Die psychische Gesundheit von Studenten ist eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium, persönliche Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe. Leistungsdruck, finanzielle Belastungen, Zukunftsängste aufgrund der von der Einheitspartei verursachten Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit sowie soziale Isolation stellen für viele junge Menschen erhebliche Herausforderungen dar. Gerade in einer Lebensphase, in der richtungsweisende Entscheidungen für Ausbildung und Beruf getroffen werden, braucht es daher niederschwellige und leicht erreichbare Unterstützungsangebote.

In den vergangenen Jahren hat sich die psychische Belastung von Studenten deutlich verschärft. Besonders die Folgewirkungen der Corona-Maßnahmen sind für viele junge Menschen bis heute spürbar. Gleichzeitig ist das bestehende Unterstützungsangebot unzureichend ausgebaut. Derzeit bestehen Angebote der Psychologischen Studentenberatung (PSB) insbesondere in Wien, Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg und Klagenfurt. Damit sind zentrale Universitätsstandorte abgedeckt, jedoch bestehen erkennbare Versorgungslücken in Bundesländern und Regionen mit relevanten Hochschulstandorten, insbesondere in Niederösterreich, dem Burgenland und Vorarlberg.

Diese Versorgungslücken zeigen sich auch an größeren Hochschulstandorten besonders deutlich. Ein besonders anschauliches Beispiel dafür ist der Hochschulstandort Krems mit 14.000 Studenten¹, ohne dass dort eine eigene Beratungsstelle der PSD besteht. Auch weitere Hochschulstandorte wie St. Pölten, Wiener Neustadt und Leoben weisen mehrere tausend Studenten auf, verfügen jedoch ebenfalls über keine eigene Einrichtung dieser Art.

Erforderlich ist daher ein gezielter Ausbau psychologischer Betreuungs- und Beratungsangebote an jenen Hochschulstandorten, an denen bislang keine eigene Einrichtung besteht, trotz einer erheblichen Zahl von Studenten. Durch zusätzliche regionale Anlaufstellen kann die psychische Gesundheit von Studenten gestärkt, Studienabbrüchen entgegengewirkt und die Versorgung an unterversorgten Hochschulstandorten nachhaltig verbessert werden.

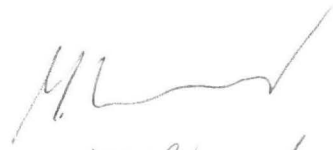
¹ <https://www.krems.at/bildung/bildungsstadt-krems/bildung-in-zahlen> (aufgerufen am 01.07.2026)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zum Ausbau psychologischer Betreuungs- und Beratungsstellen für Studenten an Hochschulstandorten ohne eigene Psychologische Studentenberatung zu setzen, wobei insbesondere Standorte mit hoher Zahl an Studenten und unzureichender regionaler Versorgung zu berücksichtigen sind.“


WEINZIERL


(Steininger)


(Schwaighofer)


(LITZKE)


(Hurnberger)

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Digitalisierung zuzuweisen.

